

Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/45

20. 11. 2009

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 16. November 2009

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

4. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Wie weit ist die Bundesregierung mittlerweile mit der Umsetzung der einzelnen Beschlüsse des gemeinsam im Deutschen Bundestag am 4. November 2008 mit großer Mehrheit beschlossenen Antrags „Den Kampf gegen den Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (bitte einzeln detailliert auflisten) gekommen, und wann beabsichtigt die Bundesregierung die Umsetzung der im Antrag enthaltenen Beschlüsse realisiert zu haben?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 18. November 2009

Der mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. November 2008 „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (Bundestagsdrucksache 16/10775 (neu) und 16/10776) erteilte Auftrag an die Bundesregierung wird aktiv umgesetzt.

Am 5. August 2009 unterrichtete der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, das Bundeskabinett über die bevorstehende Arbeitsaufnahme und die Zusammensetzung des unabhängigen Expertenkreises aus Wissenschaft und Praxis, der regelmäßig Bericht über den Antisemitismus in Deutschland erstatten und Empfehlungen zu seiner nachhaltigen Bekämpfung unterbreiten soll.

In der konstituierenden Sitzung des Expertenkreises am 9. September 2009 wurden erste organisatorische und inhaltliche Aspekte zur zukünftigen Arbeit erörtert und im Rahmen einer Klausurtagung Anfang November 2009 weitere inhaltliche Fragen vertieft. Ein erster Bericht des Expertenkreises soll Ende 2011 vorgelegt werden.

Hinsichtlich des Aufbaus und der Pflege jüdischer Institutionen wird auf die intensive Förderung verschiedener jüdischer Einrichtungen hingewiesen. So wird z. B. als Ausdruck der kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der jüdischen Gemeinschaft deren Dachorganisation, der Zentralrat der Juden, mit einer Staatsleistung in Höhe von 5 Mio. Euro pro Jahr gefördert.

In der derzeitigen Förderperiode im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ werden ebenfalls verschiedene Projekte in dem Themenfeld „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“ gefördert. Die Projekte widmen sich der geschlechtsspezifischen Arbeit mit männlichen Jugendlichen und entwerfen zeitgemäße Konzepte für die Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen. Die Projekte werden durch eine Regiestelle begleitet und wissenschaftlich ausgewertet. Erste belastbare Ergebnisse der Programmevaluation sind in der ersten Hälfte des Jahres 2010

terminiert. Diese Ergebnisse werden in die weitere Arbeit des Expertengremiums einbezogen. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen lediglich erste Zwischenergebnisse vor, die auf der Programmhomepage www.vielfalt-tut-gut.de veröffentlicht wurden.

Die in dem Bundestagsbeschluss zum Ausdruck gebrachte Erwartung, die Lehrpläne in den Schulen um Themen zum jüdischen Leben und der jüdischen Geschichte zu erweitern, ist an den Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz herangetragen und wird im Kontakt mit diesem Gremium weiter verfolgt.

Für die Errichtung der in dem Bundestagsbeschluss genannten „Hebraic Graduate School of Europe“ wird von der Bundesregierung derzeit eine Machbarkeitsstudie gefördert, um zu eruieren, wie die „Hebraic Graduate School of Europe“ dauerhaft im bestehenden akademischen, politischen und öffentlichen Umfeld integriert werden kann.